

1. und 3. Position der SPD zum Schießsport allgemein und zur Funktion „unserer“ Vereine in den Kommunen?

In Baden-Württemberg sind über 3,8 Mio. Menschen in über 11.000 Sportvereinen organisiert. Sportvereine und deren Mitglieder sind damit die mit Abstand größte Bürgerbewegung in Baden-Württemberg. Sportvereine und Sporttreibende haben daher eine herausragende gesellschaftliche, politische, gesundheitliche und wirtschaftliche Bedeutung. Zudem hat der Sport eine starke integrative Kraft, sowohl als Brücke zwischen den Generationen als auch zu Migrantinnen und Migranten. Dies gilt auch für die Schützenvereine. Angesichts der Gefährlichkeit des speziellen „Sportgeräts Waffe“ kommt der Jugendarbeit und der Elternarbeit in den Schützenvereinen eine ganz besondere und verantwortungsvolle Bedeutung zu.

2. Position der SPD zum Waffenrecht (weitere Verschärfungen?)

Nach den schrecklichen Verbrechen beim Amoklauf von Winnenden und Wendlingen und auch nach dem Amoklauf von Lörrach mussten und müssen Konsequenzen für den Umgang mit Waffen gezogen werden, um die Gefahr künftiger Verbrechen so weit wie möglich zu verringern. Dies sind wir den Opfern schuldig. Gemeinsam mit den anderen Fraktionen im Landtag hat die SPD deshalb beschlossen, Vollzugsdefizite bei der Überprüfung der Einhaltung der Aufbewahrungsvorschriften im Zuge einer umfassenden Evaluation zu identifizieren und zu beheben. Die Ergebnisse dieser Evaluation sollen im Juni 2011 vorliegen. Dann wird sich zeigen, wie die verschärften Aufbewahrungsvorschriften für Waffen und Munition umgesetzt wurden und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Die SPD ist mit dem gesamten Landtag einhellig auch der Meinung, dass die Schützenvereine ihre Mitglieder bei der Umsetzung der Aufbewahrungsvorschriften beraten sollen und dass Modellprojekte für die Jugend- und Elternarbeit in den Schützenvereinen gefordert und gefördert werden sollen. Darüber hinaus hat die SPD in ihrem Minderheitenvotum zum „Sonderausschuss Winnenden“ gefordert, großkalibrige Faustfeuerwaffen in Privatbesitz zu verbieten. Der Zugang zu solchen Waffen ist nach Aussage der Sachverständigen im Sonderausschuss „Winnenden“ des Landtags eines der größten Risiken für Gewaltexzesse und Amokläufe. Da es für großkalibrige Kurzwaffen keinen einzigen olympischen Wettbewerb gibt, muss das sportliche Interesse am Schießsport mit solchen gefährlichen Waffen eindeutig hinter der Gefahrenvorbeugung und der Verhinderung möglicher künftiger Amokläufe zurücktreten. Die SPD spricht sich auch für ein Verbot des IPSC-Schießens aus.

Die SPD unterstützt zudem die Anregung des Vizepräsidenten des Deutschen Schützenbundes, Jürgen Kohlheim, in den Satzungen der Schützenverbände die Voraussetzungen für einen Verbandsausschluss wegen verbandsschädigenden Verhaltens bei nicht ordnungsgemäßer Aufbewahrung von Waffen und/oder Munition zu schaffen.

Der Amoklauf von Lörrach vom 19. September 2010, bei dem eine 41-jährige Frau ihren 5-jährigen Sohn, ihren Ex-Mann und einen Krankenpfleger erschossen und zahlreiche Passanten verletzt hat, bevor sie selber bei dem Schusswechsel mit der Polizei starb, hat

nun eine schwer wiegende Lücke im Waffenrecht zum Vorschein gebracht, die dringend geschlossen werden muss.

Seit dem 1. April 2003 muss bei den Sportschützen nach drei Jahren das waffenrechtliche Bedürfnis erneut geprüft werden. Mit der zweiten Verschärfung des Waffenrechts vom Juli 2009 wurde diese Regelung dahingehend erweitert, dass die Waffenbehörden diese Überprüfungen auch nach Ablauf der drei Jahre erneut vornehmen können und unter bestimmten Voraussetzungen auch müssen. Alle „Altfälle“ allerdings, also Sportschützen, die ihre Waffenerlaubnis vor dem 1. April 2003 erhalten haben – so wie es bei der Amokläuferin von Lörrach der Fall war – sind von diesen Überprüfungen bisher grundsätzlich ausgenommen.

Auch die Landesregierung sieht hier die Notwendigkeit von Korrekturen. Sie hat dafür allerdings einen rechtlich fragwürdigen Weg einer mehr oder weniger freiwilligen Vereinbarung mit den Waffenkontrollbehörden gewählt, der aus unserer Sicht nicht gerichtsfest ist. Die SPD tritt deshalb dafür ein, diese - auch von der Landesregierung für erforderlich gehaltenen - Kontrollverschärfungen bei den sog. Altfällen unter den Sportschützen über eine Bundesratsinitiative durch eine Waffenrechtsänderung eindeutig und rechtssicher zu regeln.

4. Gebühren für verdachtsunabhängige Kontrollen auch dann, wenn sie ohne Beanstandung bleiben?

Die Gebühren für die Waffenkontrollen sind wie die „Waffenbesitzsteuer“ in Baden-Württemberg kommunale Angelegenheit. Darüber müssen die Kommunen deshalb selber entscheiden. Die SPD fordert aber die Landesregierung auf, die Kommunen bei den Waffenkontrollen finanziell zu unterstützen, weil sie den Kommunen diese aufwendige Aufgabe einseitig aufgebürdet hat.